



Informationen und Meinungen aus
dem und für das BAAINBw

Partielle Amnesie und ihre Folgen

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Neulich bin ich über einen Tweet gestolpert, in welchem sich der Podcast zur Beratungsaffäre (<https://berateraffaere.de>) selbst zu einem Jahr seines Bestehens gratuliert. Traurig genug, dass das Spektakel nunmehr so lange andauern muss. Ungläubig müssen wir im BAAINBw die Aussagen jener verfolgen, die Beratungsleistungen wie Opium, ohne auf die Wirksamkeit auf die Ausstattungslage zu achten, verteilt haben. So machen sich alle Sorgen um den aktuellen coronavirus, währenddessen die plötzlich um sich greifende „partielle Amnesie“ der im Zeugenstand Angetroffenen eine viel größere Ansteckung vermuten lässt. „Ich kann mich nicht erinnern“, ist angesichts der noch zu erwartenden Lebensbeichten von dem ein oder anderen Verantwortlichen mehr als verwunderlich. So geschehen bei der Zeugenaussage von Dr. Katrin Suder am 30.01.2020 vor dem Untersuchungsausschuss - wir empfehlen für eine noch zu schreibende Biografie daher den Titel: „Wie ich mein Gedächtnis verlor...“.



Jakob Milles

Und viel schlimmer, es macht auch etwas mit einer Unternehmenskultur. Wenn sich die Verantwortlichen nicht mehr an ihr Wirken oder ihre Entscheidungen „erinnern können“ und der Arbeitsebene, die sich der Weisungslage ausgesetzt sieht, im Zweifel mit den Dienstaufsichts- oder Disziplinarverfahren „gedroht“

wird. Die ausbleibenden Folgen und Konsequenzen für jene, die das System der Gelddruckmaschine (erinnern Sie sich an unsere Brille Ausgabe Nr. 290) erfunden haben, was durch die Arbeitsebene stets kritisiert wurde, tragen dazu bei, dass die Beschäftigten den Glauben an die Führungsebene gänzlich verlieren. Das von Frau Dr. Katrin Suder eingeführte Zielbild Rüstungsmanagement hat den Zynismus für Alle auf die Spitze geführt: von der viel gepriesenen Transparenz und Kommunikation war und ist nichts zu spüren. „Wasser predigen und Wein trinken“ war noch nie eine authentische und vor allem erfolgsversprechende Führungsformel. Aber auch hier wird Frau Suder sicher seufzen: „...ach, daran kann ich mich nicht mehr erinnern“.

Doch keine Sorge, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir können es. Und wir werden die Dinge weiterhin ansprechen. Partielle Amnesie wird in dieser Ausgabe schnell wieder

In dieser Ausgabe:

Jahresbericht des Wehrbeauftragten	2
Die Gelddruckmaschine	4
Ich wünscht ich wär ein Offizier...	6
„Trendwende Mentalität“: Zurück an die Arbeit!	6
Der List-O-Mat	9
Das List-O-Mat für Tarifbeschäftigte	10

geheilt. Daher noch einmal unser Artikel zur „Gelddruckmaschine“ aus 2018. Daneben unsere Analyse zum Jahresbericht des Wehrbeauftragten.

Sie sehen, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Zeiten werden rauer werden und es bedarf entsprechender Expertise, um Ihre Interessen zu vertreten und gleichzeitig die Gesamtaufgabe im Blick zu behalten. Dies sollten Sie bei der Wahl Ihrer Interessensvertretungen in diesem Jahr nicht vergessen und uns Ihre Stimme geben: #WirSindVBB - Für das Zivilpersonal der Bundeswehr!

Ihre Anmerkungen oder Anregungen senden Sie wie gehabt gerne an buero@vbb-baainbw.de.

Ihr Jakob Milles

Bereichsvorsitzender VBB Bereich IX

Lagebild in der Bundeswehr: der Jahresbericht 2019 des Wehrbeauftragten

Datiert auf den 28.01.2020 ist der 61. Jahresbericht des Wehrbeauftragten Dr. Hans-Peter Bartels, der diesmal begleitet von einem Concerto aus allen Medien, spektakulär veröffentlicht wurde. Wie so oft, wird medial gerne, je nach gewünschtem Tenor, geschickt aus dem 115 Seite langen Dokument zitiert, welches für Interessierte überall frei verfügbar ist. Der Fall scheint mal wieder - zumindest für die FAZ bzw. Hofpresse des „Dr. Suder-Verstehers“ Prof. Dr. Müller (Vors. Expertenrat zur TF BeschO) - klar. So kann man in diesem Blatt folgende Zeilen lesen:

„Die Frage: Wo ist das Geld geblieben? Und was treiben eigentlich die rund 10.000 Männer und Frauen in der Beschaffungsverwaltung, deren Auftrag und Berufung es sein sollte, die Ausrüstung der Bundeswehr zu organisieren? Es heißt, man bemühe sich. (vgl. „Das Schweigen der Ministerin“ von Peter Carstens, FAZ 31.01.2020)

Diese Art der Fragestellung suggeriert der geneigten Leserschaft, dass entsprechende Analysen oder Schlussfolgerungen auch im Jahresbericht des Wehrbeauftragten zu finden seien. Dies ist aber mitnichten der Fall. Vielmehr beinhaltet der Jahresbericht des Wehrbeauftragten Vieles was auch die Angehörigen des Bereiches AIN unterschreiben würden: „Kummer macht nach wie vor das schleppende Beschaffungswesen, was gewiss nicht am Engagement des Bundeswehrpersonals liegt, sondern an offensichtlich dysfunktional gewordenen Strukturen auf der Amtsseite - und **nicht selten** auch **an Know-How- und Personaldefiziten auf Seiten der Industrie**. Vertrauen ging verloren. Die **Strategie absoluter „Risiko“-Minimierung im Management großer Rüstungsprojekte kann zu Maximierung des Risikos für die Truppe** führen (...).“

Hier möchten wir gerne ergänzen, dass die größten Risiken für ein Rüstungsprojekt, neben der Leistungsfähigkeit der Rüstungsindustrie selbst, vor allem die Forderung aus den Streitkräften darstellt. Es mangelt hierbei an einem kritischen Forderungscontrolling, welches wir immer wieder eingefordert haben. Insbesondere im Abschlussbericht des Expertenrates kommt dies zum Ausdruck. Solange über 90 % der Hauptwaffensysteme Einzelanfertigungen darstellen, deren Technologie erst bei der Serienfertigung „entwickelt“ wird, wird das „Fühlen“ der Trendwenden bei den Soldatinnen und Soldaten noch eine Generation benötigen. Dies ist auch ein Teil einer prozessualen Wahrheit, die bis heute nicht in den Mittelpunkt

des Diskurses um die Optimierung des Beschaffungswesen gerückt wurde, obwohl den Playern im BMVg dies nicht zuletzt durch die Diskussionen aus dem Expertenrat bekannt sein müssen. So beschafft das BAAINBw das, was als ausgewählter Lösungsvorschlag aus dem BMVg „rein purzelt“. Allein die Beschreibung der sog. Fähigkeitslücke, die es durch geeignete Dienstleistungen oder Produkte (Waffensysteme) zu schließen gilt, beinhalten Herausforderungen für die Umsetzung in einer angemessenen Zeit und zu einem angemessenen Preis. Wir, der VBB, fordern daher nochmals ein **adäquates Forderungscontrolling**, in welchem es auch darum geht den „Gesamtpreis“ für die Lösungsvorschläge mit in die (politische) Entscheidung einfließen zu lassen. Welche Waffensysteme sind wann verfügbar. Lieber ein Premiumprodukt mit tollen Features in 30 Jahren, die Star Trek dagegen blass erscheinen lassen, oder tolle Produkte in 5 Jahren, die vielleicht nicht unbedingt die Forschungs- und Entwicklungskassen der Rüstungsindustrie füllen? Es kann nicht angehen, dass es zum Teil nicht einmal bekannt gegeben wird, wenn das jeweilige Projekt finanziell nicht hinterlegt ist. Hier müssen die sogenannten Geheimen Erläuterungen zum Haushalt eines jeden Jahres den Playerinnen und Playern im BAAINBw bekannt gegeben werden, um die (stets knappen) Ressourcen wirksam zuteilen zu können.

Das BAAINBw, und das sollten sich alle Akteure und Kunden verdeutlichen, „produziert“ in erster Linie Verträge für Produkte und Dienstleistungen nach dem Kundenwunsch. Die Anzahl der Verträge „schrauben“ wir bereits erfolgreich „nach oben“, aber durch die Forderung und Auswahlentscheidung folgen diesen regelmäßig eine jahrelange Entwicklungszeit für die Super-Premiumvision eines Waffensystems.

Damit einher geht, dass die aktuell in der Nutzung befindlichen Waffensysteme noch lange funktionieren müssen und das obwohl die Rüstungsindustrie im „Vertrauen“ auf die ministeriell vorgegebenen Nutzungsdauern die Kapazitäten entsprechend zurück gefahren hat. Auch wenn der ein oder andere Lobbyist sicher über die geeigneten Kanäle längst informiert ist, verdient es sich in diesen Zeiten nie besser als in puncto Obsoleszenzbeseitigung. Als monopolistischer Rüstungslieferant und Inhaber entsprechender Lizenzen darf man die Preise, trotz eines regulierten Preisrechtssystems, diktieren. Damit verpufft die Wirksamkeit steigender Haushaltsmittel durch gleichzeitig massiv steigende Nutzungskosten. Dieser Teufelskreis könnte durch die Inbetriebnahme neuer „Ersatz-“Waffensystems gestoppt werden, wenn diese nicht aufgrund der enormen Forderungen und niedrigen Stückzahlen zu einem erst noch zu entwickelnden Manufakturprodukt mutiert wäre. Ja, so haben auch wir Sorge wie - ohne Paradigmenwechsel - hier spürbar auf kurze Distanz Verbesserungen greifbar werden sollen.

Das überbordende Regelungswesen ist für alle in der Bundeswehr belastend, verursacht zudem auch eine Systemblindheit. „Man sieht den Wald vor lauter Bäumen nicht mehr“: So wird etwa mit Vehemenz an 58 Einzelmaßnahmen aus dem Abschlussbericht TF BeschO gearbeitet, ohne aber diese auch auf die Wirksamkeit hinsichtlich des gemeinsamen Zieles zu reflektieren! Umso enttäuschter sind wir auch, dass für den Fall von darüber hinaus gehenden Optimierungsideen vom Leiter der AG BeschO zu vernehmen ist, diese seien nicht zu verfolgen. Diese Beschränkung der Expertise und Ideen von Dutzenden täglich in den 10 IPTs tätigen Menschen auf die Ergebnisse der TF BeschO, die überdies zu großen Teilen eben nicht vom Expertenrat als wirksam erachtet wurden, zeugt von einem Kulturproblem. Mit der Staatssekretärin a.D. Dr. Suder und ihrem verordneten „Zielbild Rüstungsmanagement“ mit Transparenz, Vertrauen und Glaubwürdigkeit von Führung, ist offenbar das Gegenteil geschehen. Zunehmend dienstlicher E-Mail-Verkehr über private LoNo-Adressen. Verschönte Risikoberichte. Untersagte Ideenkultur.

Was kann da, außer der nächsten Veranstaltung zum Rüstungsmanagement in der Rhein-Mosel-Halle, wo sich die Verantwortlichen der Diskussion stellen müssen, noch helfen?

Ein Paradigmenwechsel: Ein prozessuales Denken mit einer starken Vereinfachungsstruktur. Überbordend und zu komplex dient eher dem Vertuschen von Prozessen als deren Klarheit und Verständnis.

Hierbei muss die Sache selbst, nämlich eine höchstmögliche Einsatzbereitschaft der Bundeswehr, im Mittelpunkt stehen und nicht nur der blinde Gehorsam im Sinne der eigenen Karriere. Das aktuelle Bild im Intranet ist vielsagend: drei hochrangige, zum Teil weißhaarige Militärs beugen sich zusammen über den Tisch. Überschieden wird diese Inszenierung mit den Worten „Veränderung als Chance begreifen“. Satire war nie so alltäglich begreifbar.

Zurück also zur FAZ: Was „treiben“ die 10.000 Menschen in der Beschaffungsverwaltung? - Alles was möglich ist, alles was in unserer Macht steht. Wir schließen tausende Verträge über Dinge die der Kunde wünscht. Und der Kunde wünscht eben keine am Markt verfügbaren Produkte sondern Eigenentwicklungen. Wir schließen weiterhin erfolgreich Verträge, unter Berücksichtigung der gegebenen Paradigmen. Der Haushaltsmittelabfluss bezeugt überdies, dass wir – sofern die Industrie liefert - fast vollständig unseren Auftrag erfüllen. ABER, und das sollte endlich allen klar werden, ein geschlossener Vertrag ist noch kein ausgeliefertes, abgenommenes Waffensystem im Betrieb!

Beraten und verkauft – als das Verteidigungsministerium die Gelddruckmaschine erfand (Best of aus der Brille Nr. 290, Sept. 2018)

für Dr. Katrin Suder

Nein, es geht an dieser Stelle nicht um die sagemwobene 500 Millionen Euro Rücklage für Verteidigungsinvestitionen im Haushalt für das jeweils nächste Jahr, die das Verteidigungsministerium seit diesem Jahr erstmalig bilden darf. Davon wird auch noch zu reden sein, allerdings erst, wenn dazu im nächsten Jahr erste Erkenntnisse vorliegen.

Es geht um eine einfache Gelddruckmaschine. Und es geht darum, wie man seitens des berateraffinen Ministeriums externe Dritten aus der Beraterbranche mit allerlei Leistungen beauftragt und dabei die eigenen Beschäftigten „für dumm“ verkauft. Dabei ist klar, dass im BAAINBw niemand etwas dagegen hat, wenn er oder sie im Projekt oder bei anderweitigen Amtsaufgaben, auf eigene Anforderung hin, durch Leistungen Externer auf einer regelkonformen Basis unterstützt wird, ganz im Gegenteil. Solange die Besetzungssituation bei den Dienstposten so schlecht ist wie derzeit, macht eine wohldosierte Unterstützung mit dem richtigen Know how sogar Sinn.

Bei der hier beschriebenen Gelddruckmaschine geht es aber um etwas Anderes, was davon zu trennen ist: Es geht um Beratungsleistungen, die vom BAAINBw selbst gar nicht nachgefragt worden sind. Das Konstruktionsprinzip dieser Maschine ist dabei gleichermaßen einfach, unscheinbar und genial zugleich: Man nehme einen allgemein gehaltenen Rahmenvertrag des Bundesinnenministeriums über die Erbringung von softwarebezogenen Dienstleistung mit einem Allround-Informationstechnikdienstleister, aus dem auch die Bundeswehr abrufberechtigt ist. Sodann konstruiere man dazu im Ministerium ein passendes Chassis, bei dem ein ganz anderes Äußeres beschrieben wird. Und letzten Endes beauftrage man das BAAINBw, Leistungen aus diesem Rahmenvertrag abzurufen, mit dem ausdrücklichen Wunsch, dabei aufgrund der dort vorliegenden Vorerfahrungen und der Vorkenntnisse auf bestimmte Unterauftragnehmer aus der Beratungsbranche zurück zu greifen. Der Kreis derjenigen Beraterfirmen, die dabei eine Rolle

spielen, braucht an dieser Stelle nicht wiederholt zu werden, es sind die üblichen Verdächtigen, die bereits in den letzten 4 Jahren im Mittelpunkt standen.

Not macht eben erfinderisch, auch wenn es eine gefühlte Not im Verteidigungsministerium ist: Denn ob die an die externen Berater beauftragten Leistungen tatsächlich notwendig waren, weil weder verwaltungsseitige Erkenntnisse vorliegen noch diese intern erarbeitet oder erworben werden können, wurde nicht geprüft und nicht hinterfragt. Und es wurde auch nicht untersucht, ob die gewählte Art der Bedarfsdeckung mit diesen Beratungsdienstleistungen überhaupt die wirtschaftlichste Alternative ist. Die Gelddruckmaschine läuft, gut verborgen, unter dem Tarnnetz Modernisierung und Digitalisierung der Bundeswehr. Ein wenig ministerielles Schmiermittel aus dem nichtdienstlichen Bereich hat die Maschine so richtig gut zum Laufen gebracht. Insgesamt geht es dabei um zweistellige Millionenbeträge, was bei einem zu Buche schlagenden Tagessatz von rund 1800 Euro (das entspricht 36.000 Euro pro Monat) für einen Berater auch nicht verwunderlich ist. So weit, so schlecht. Nun wird es allerdings interessant, denn der Bauplan und sämtliche Konstruktionszeichnungen für die Gelddruckmaschine stehen kurz vor der Patentanmeldung und damit wird das Ganze öffentlich. Und deswegen sollte jetzt die oberste Leitung mal genauer hinschauen, denn wenn der Bauplan der Maschine für alle verfügbar ist, ist nicht nur das Geld durch die dann einsetzenden inflationären Zustände nichts mehr wert, sondern für manch einen der Beteiligten auch die Karriere beendet: Es könnte ja sein, dass beim Gelddrucken gegen Recht und Gesetz verstoßen wurde, von nachrangigen Vorschriften ganz zu schweigen ... und dann war da auch noch das Zielbild Rüstungsmanagement mit seinen Werten. Wie stehen eigentlich die zentralen Führungskräfte dazu?

In der bereits laufenden Abwehr- und Abweigerungsschlacht sind das Ministerium und die übrigen Beteiligten nur bedingt abwehrbereit (das gab's ja in den 60er Jahren des vergangenen Jahrhunderts schon mal): Denn sie wissen nicht genau, wo überall die Hüter der Tugenden stehen und das Cyberkommando, was dieses vielleicht im Cyber- und Informationsraum herausfinden könnte, funktioniert noch nicht richtig. Möglicherweise ist man aber auch nur bedingt abwehrwillig, denn es lief ja bisher so gut und die (noch) Abwehrfähigen schauen lieber alle weg (kein Wunder!) und helfen nicht. Einerseits also höchste Zeit, dass eine weitere Arbeitsgruppe oder Task Force im Ministerium und Beauftragte für Sonderprojekte in den Ebenen darunter aktiviert werden, um Schlimmeres zu verhindern. Andererseits gibt es nach wie vor Stellen im Ministerium, die es auch jetzt nicht lassen können. Erstaunlich, sollte man doch meinen, dass bspw. bei den ÖPP Projekten des Verteidigers in den letzten 15 Jahren schon genug Geld für Beratung versenkt worden ist. Einer Bundestagsdrucksache (also keine Fake News) vom 2. August ist zu entnehmen, dass das Verteidigungsministerium einzig und allein für die Beratungs- und Unterstützungsleistungen zur Veräußerung der 3 Werke der Heeresinstandsetzungslogistik GmbH an industrielle Betreiber bereits ca. 24 Millionen Euro bezahlt hat und dafür bis zum Jahr 2020 insgesamt rund 42,5 Millionen Euro ausgeben will.

Dass nun in der aktuellen Situation ausgerechnet auch im Bereich der ÖPP Projekte weiterhin zusätzliche Geldmittel in größerem Umfang für projektberatende Unterstützungsleistungen durch Externe eingesetzt werden sollen erstaunt schon, weil es eben nicht nur den in den Medien extensiv thematisierten Verkauf der HIL Werke betrifft, sondern auch bei anderen ÖPPs die Frage, wie eine Wirtschaftlichkeitsuntersuchung mit Hilfe von Externen so getunt werden kann, dass das „richtige“ Ergebnis rauskommt. Offenbar hat man weder den (Warn-)Schuss der Hüter der Bundeshaushaltsordnung noch den Kolbenfresser in der bereits laut stotternden Gelddruckmaschine gehört. Dann knallt es eben.

Ich wünscht´ich wär ein Offizier...

...dann müsst´ich nie verweilen, wenn es knallt und rumst. Dann könnt´ich staunen aus der Distanz, über was mir einst misslang. - Kennen Sie diesen Song? Nein? Ich auch nicht, aber wäre sicherlich ein Hit. Angesichts des anstehenden Personalkarussells für die Spitzenkräfte in Uniform, kann jedoch bei uns zivilen Beschäftigten schon Wehmut aufkommen. Auch hier wünschte der ein oder andere neue Aufgaben wahrnehmen zu dürfen. Doch bleibt es angesichts des Personalentwicklungskonzeptes für die Beamtinnen und Beamten und mangels Freigabe im Lichte der Vakanzen im BAABINBw nur ein kühner Traum. Wir müssen da durch. Projekte bis zum Ende durchziehen: egal wieviel Frustration sich angesichts der schrägen Ausmaße einer zunehmend mächtigen Rechtsabteilung, einst als schlanker Stab Justizariat gedacht, entwickelt; egal wie oft das Planungsamt versucht wird zu erreichen, um ein Phasendokument hinsichtlich eines Begriffes ändern zu dürfen, um den Vertrag schließen zu dürfen, wir bleiben da und dran.

Und wenn sich der jeweilige Abschlussjahrgang eines Generalstabslehrgangs trifft und man einander an die irren Zeiten des Wiederaufbaus der Streitkräfte sinniert, werden wir immer noch da sein. Reform ein, Reform aus. Vorwärts, Rückwärts, neu gegründet, aufgelöst, wieder fusioniert. Wir, die Zivilbeschäftigten bleiben da und leisten unseren Dienst. So, dass wir auch dann noch da bleiben dürfen, wenn wir doch mal „weiter wollen“. Ich wünscht´ich wäre in Offizier (i.G.)...

Da werden diesen Monat wohl zahlreiche Spitzenposten neu mit Militärs besetzt. Förderung für tolle Leistung. Für eine sensationelle Einsatzbereitschaft? Das System funktioniert...zumindest aus einer Perspektive. Kontinuität wird aber auch dadurch zerschlagen und Menschen leichter aus der Verantwortung gelassen. Antizipiere ich dies, dann beeinflusst das auch meine Entscheidungen, würde die Spieltheorie dazu beitragen.

Auch wir im BAABINBw können durch das großen Personalkarussell auf Neuerungen freuen. So begrüßen wir an dieser Stelle herzlich den Autor unseres Lieblings-Geheimkonzeptes: Projekt Pfeil. Seine Existenz war ja offiziell nicht bekannt, da er nach Aussagen der ehemaligen Ministerin offensichtlich ohne Auftrag gearbeitet hätte. Willkommen also! Keine Sorge, Sie werden hier nicht länger verweilen müssen als nötig und die Früchte Ihres Wirkens nicht mehr kosten müssen.

„Trendwende Mentalität“: Zurück an die Arbeit!

Wie wir es schaffen, die materielle Einsatzbereitschaft zu verbessern

Auch wenn nicht immer alles gut ist oder sich auf behördliche Strukturen im Verteidigungs- und Sicherheitsbereich übertragen lässt, was uns die Beraterbranche ans Herz legt (davon können wir nach den vergangenen Jahren ja nun wirklich ein Lied singen), so gibt es doch auch Ratschläge, die wertvoll sind.

In seinem Bestseller „Zurück an die Arbeit!“ beschreibt der Management-Guru Lars Vollmer Erkenntnisse, die auch uns in der derzeitigen Situation weiterbringen.

Sein Slogan „Wie aus Business-Theatern echte Unternehmen werden“ und seine Analyse ist übertragbar auf die - vom Verteidigungsministerium gesteuerte - Bundeswehr im Allgemeinen und die Planungs-, Beschaffungs- und Nutzungsorganisation im Speziellen (auch wenn es die BeschO so nicht geschrieben sehen will, Beschaffung und Nutzung ohne Planung „geht gar nicht“).

Wer kennt das nicht, it's showtime: Leitungsklausur, Jour Fixe, (Bundeswehr)Tagung, Panel, Koordinierungsgruppe, Leitungsboard, Steuerkreis, Vorbereitungskreis, Leitungsrunde, Abteilungsleiterkonferenz,

ach ja; und dann war da noch die eigentliche Arbeit. Allerdings inzwischen oftmals auch nicht mehr als „normale Zusammenarbeit“ ausgeprägt, sondern in Gestalt einer Arbeitsgruppe, weil wir es offenbar in der Bundeswehr und im Verteidigungsministerium verlernt haben, „normal“ zusammen zu arbeiten: Also ein Zustand, in dem jeder das macht (Aufgabe), was er am besten kann (Kompetenz) und machen soll sowie für das Ergebnis gerade steht (Verantwortung); natürlich im Verbund mit anderen daran Beteiligten bzw. davon Betroffenen.

Wie passt das vom Wehrbeauftragten in seinem jüngsten Bericht ins Schaufenster gehobene „IKEA-Prinzip“ zum prägnanten Statement der Verteidigungsministerin in ihrer Rede im Bundestag: „Die Bundeswehr beschafft, was sie braucht, und nicht, was ihr angeboten wird.“ Oder gilt das etwa nicht mehr (das Zitat stammt aus der Rede vom 8. Oktober 2014)? Und was ist dann mit dem vom Wehrbeauftragten im gleichen Atemzug in seinem Bericht genannten „Design-Prinzip“? Er schreibt: „Ein solcher dualer Beschaffungsweg, „IKEA oder Design“, könnte Zeit, Geld und Personal sparen, die Vollausrüstung beschleunigen und die Nerven der Soldatinnen und Soldaten schonen, die immer noch unter dem „dynamischen Verfügbarkeitsmanagement“ (der Begriff wurde inzwischen abgeschafft) leiden.“

Ist dieser duale Beschaffungsweg im ministeriellen Rüstungsverfahren nicht längst verankert und wird von uns gelebt? Ein Blick in die Verfahrensvorschrift Customer Product Management hilft:

Ziffer 214: „In einem ersten Schritt setzt die bzw. der PL mit dem IPT die Funktionalen Forderungen in technisch-funktionale Leistungswerte um und entwickelt auf dieser Grundlage grundsätzlich mehrere Lösungsvorschläge (LV), die zwischen den Lösungswegen

- Einführung verfügbarer Produkte und der Inanspruchnahme von Dienstleistungen,
- Verbesserung eingeführter Produkte und Dienstleistungen (Produktverbesserung) sowie
- Realisierung neuer Produkte

unterscheiden.“

Und weiter in Ziffer 224: „Der bzw. die GenInsp wählt einen LV aus. Mit dokumentierter Entscheidung des bzw. der GenInsp wird der ausgewählte LV zur Auswahlentscheidung AWE. Die bzw. der GenInsp kann in diesem Zusammenhang weitere Vorgaben für die Realisierung im Rahmen ihrer bzw. seiner gesamtplanerischen Verantwortung machen.“

Also, alles klar: Die Lösungsvorschläge kommen von uns, verfügbare Produkte sind dabei zu betrachten und der Generalinspekteur bzw. sein Bereich wählt aus, „was gemacht wird“.

Jetzt ist also das Ministerium gefordert, gegenüber dem Wehrbeauftragten hinsichtlich des „dualen Beschaffungsweges“ zügig für Klarheit zu sorgen; und das Ganze nicht nur zu (er-)klären, sondern auch klar zu regeln, „was nun sein soll“. Im Übrigen wäre das doch eine sinnstiftende und in die Zukunft gerichtete Aufgabe für das bereits so oft strapazierte Forderungscontrolling. Wo ist das denn?

Der Wehrbeauftragte hat in seinem aktuellen Bericht unter anderem aufgedeckt, dass im BMVg in den letzten Jahren 42 (!) hochrangig besetzte Sonderorganisationselemente, zusätzlich zu den bestehenden und über die organische Aufbauorganisation des Ministeriums hinaus, geschaffen wurden. Gleichzeitig beklagt er, dass es „im Beschaffungswesen offensichtlich dysfunktional gewordene Strukturen auf der Amtsseite“ gäbe. Wenn man davon ausgeht, dass ein Ministerium die Aktivitäten und damit auch die Organisation und Abläufe seines nachgeordneten Bereichs steuert, sind diese beiden Punkte zunächst ein „Armutszeugnis“.

Hoffentlich sorgt auch diesbezüglich das Verteidigungsministerium zeitnah für Klarheit und mehr Ord-

nung im eigenen Bereich, anstatt neue substantivierte Wortungetüme, mit einer Prise der englischen Sprache gewürzt, auf die Bühne zu stellen und dann das ganze Theaterstück in der Aufführung ohne Regisseur der Ämterebene zu überlassen.

Eine vorschnelle Reaktion, nun im Rahmen einer Umstrukturierung einfach die „Kästchen oder die Organisationsform irgendwie anders aufzumalen“, wäre allerdings Garant dafür, dass ein solches Vorgehen nicht nur der Rechnungshof für unwirtschaftlich befinden würde, sondern auch die Beschäftigten abhängt würden und das Ganze im Übrigen auch in den nächsten Berichten des Wehrbeauftragten angeprangert werden würde. Denn richtigerweise hat die Ministerin selbst nur einen Tag nach der Mitarbeiterversammlung am 17.09.2019 in der Rhein-Mosel-Halle verbindlich und justiziabel festgestellt, dass es bei der Feinausplanung und Umsetzung der Ergebnisse der BeschO zu keinen Einbußen bei der materiellen Einsatzbereitschaft und in der Beschaffung kommen darf. Und auf der obersten Ebene einfach nur das Modell der vormals Verantwortlichen nach zu bauen, funktioniert nachgewiesenermaßen nicht: Der Weg vom Klon zum Clown ist genauso kurz, wie sich die beiden Wörter ähnlich sind.

Also, was tun?

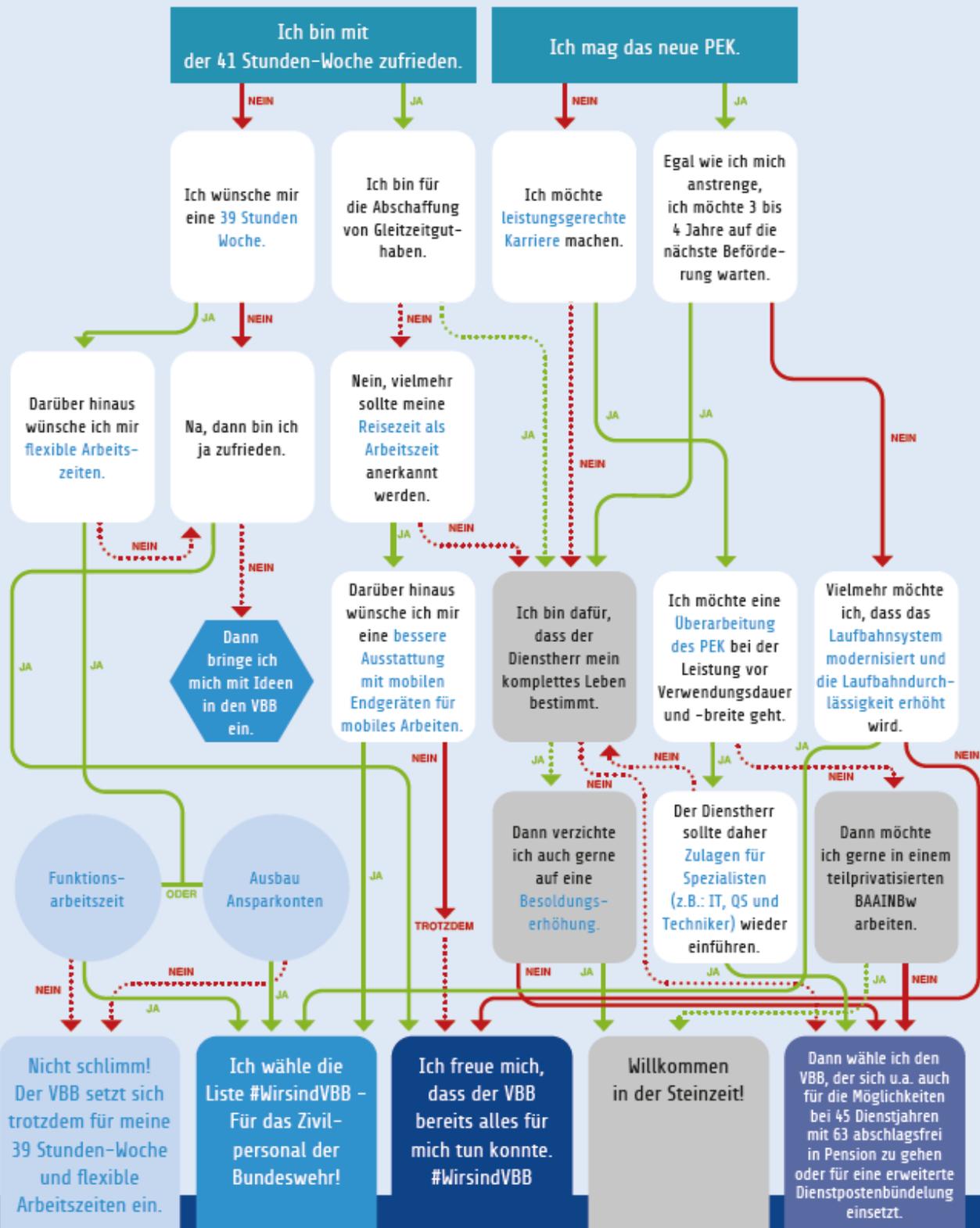
Unsere (Haus-)Aufgaben machen, mit mehr Engagement denn je, und der richtigen Mentalität!

Im Einzelnen also an den ganzen Lebensweg des Materials denken, das Waffensystem bezogene logistische Konzept ausarbeiten und von Anfang an umsetzen, permanente Marktsichtung betreiben, Materialerhaltbarkeit und Verfügbarkeit der Systeme im Vertrag verbindlich und messbar vereinbaren, vollständigen Ersatzteilerstbedarf und Sonderwerkzeugsätze mit dem Beschaffungsvertrag kaufen, Rahmenverträge für Instandhaltungsdienstleistungen und die Beschaffung von Ersatz- und Austauschteilen schließen, (Umlauf-)Reserven bilden (muss natürlich die Bedarfsbegründung hergeben), Obsoleszenzmanagement betreiben, Stammdaten pflegen, Bedarfe bündeln und Vergabestrategie festlegen, BANFen abarbeiten, IT-Unterstützung (SASPF) einführen, Aus- und Weiterbildung des beim Nutzer produktbezogen tätig werdenden Personals planen und unter Vertrag nehmen, Standardisierung und Familienbildung bei den Produkten zur Aufwandsminimierung umsetzen, Produktbeobachtung durchführen, Produktänderungen und -verbesserungen planen und umsetzen, Möglichkeit von Ergänzungsbeschaffungen vorsehen, Nutzungsrechte sichern, durchsatz erhöhende und verfahrensbeschleunigende Ermessensspielräume vollständig ausschöpfen, „harte“ Vertragsstrafenregelungen bei Schlechtleistung oder Verzug und Anreize für Folgeaufträge und Gewinnmaximierung bei (Über-)erfüllung setzen.

Ließe sich noch fast beliebig lange fortsetzen. Das „ganz normale Handwerkszeug“ eben. Aber auch der beste Handwerker braucht bei guter Auftragslage den entsprechenden Gesellennachwuchs, ein planbares und ausreichendes Budget sowie eine geeignete (Produktions-)Infrastruktur. Das alles ist derzeit nicht immer gegeben. Wer „macht den Weg frei?“

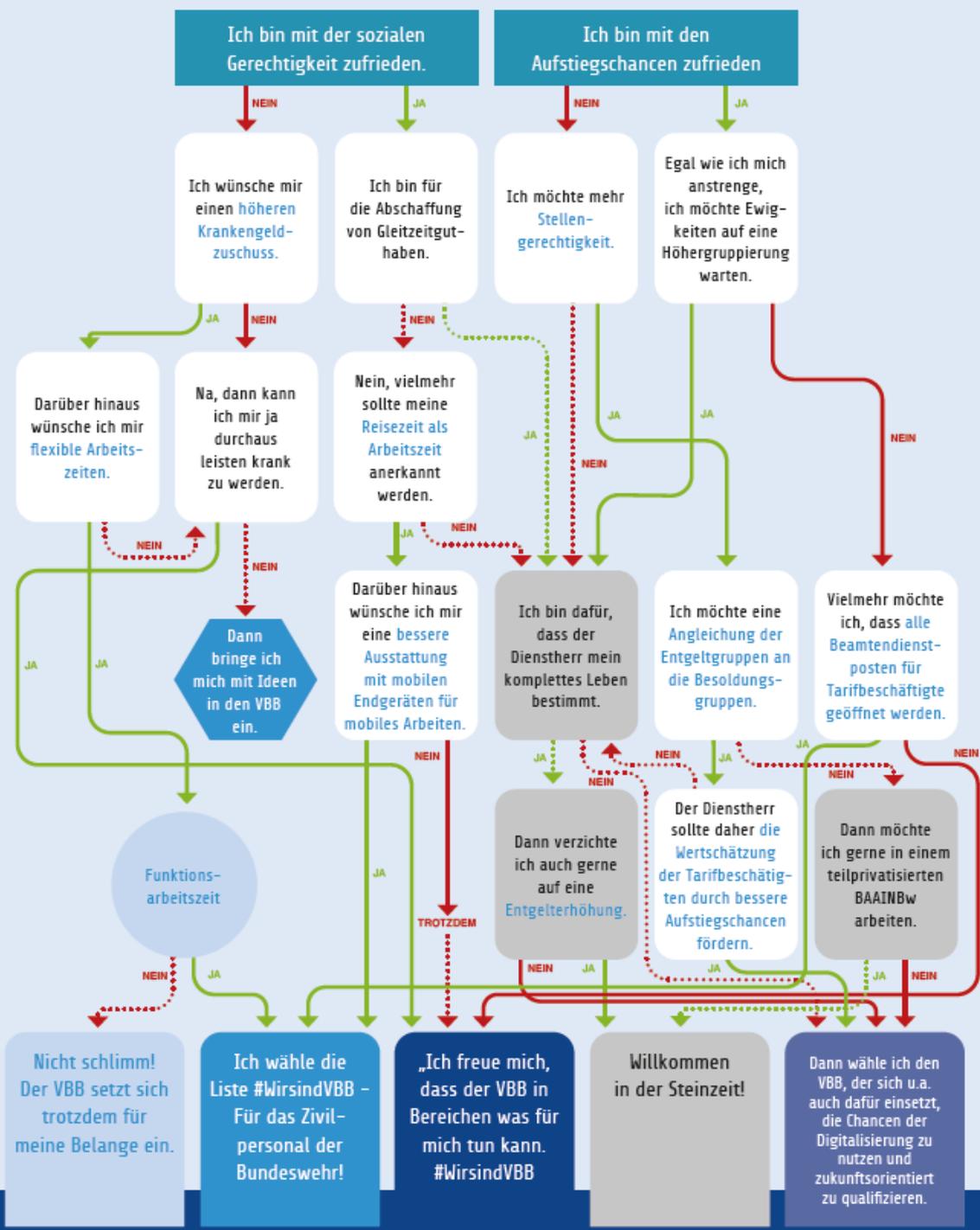
Jedenfalls sind unsere Arbeit und unsere Mentalität der Schlüssel zum Ziel.

⊗ LIST-O-MAT PersRatWahl 2020



#WirSindVBB - Für das Zivilpersonal der Bundeswehr!

LIST-O-MAT PersRatWahl 2020



#WirSindVBB - Für das Zivilpersonal der Bundeswehr!

Herausgeber: Bereich BAAINBw des Verbandes der Beamten der Bundeswehr (www.VBB-BAAINBw.de) • V. i. S. d. P.: Jakob Milles • Geschäftsstelle: 56068 Koblenz, Rheinstraße 1-5, Tel. 02 61 - 1 57 17 (auch Fax) • Textabdruck mit Quellenangabe gestattet; Belegexemplar erbeten • Textabdruck gekennzeichnete Artikel nur mit Genehmigung des Verfassers (Name ist der Redaktion bekannt) • Bezugskosten für Bereichsangehörige durch Mitgliedsbeitrag abgegolten. • Auflage: 2.300